

# **Fachkonferenz**

## **„Bildung und Armut“**

### **vom 15.08.2011**

## **Protokoll der Arbeitsgruppe 1:**

### **„Förderung von Kindern im vorschulischen Bereich“**

#### **Einführung**

Die Arbeitsgruppe zum Thema „Förderung von Kindern im vorschulischen Bereich“ wurde von Frau Evelyn Klemt, KiTa Fachberatung des Landkreises und von Frau Dorte Feierabend, Fachstelle Frühe Hilfen des Landkreises, moderiert. Zur Einführung wurde eine kurze Vorstellungsrunde durchgeführt. Frau Klemt wies anschließend darauf hin, dass bereits in der Auftaktkonferenz am 23.5.2011 die Hauptprobleme des Themenschwerpunkts „Förderung von Kindern im vorschulischen Bereich“ diskutiert worden seien und es für die TeilnehmerInnen beider Konferenzen zu Wiederholungen kommen könne. An dieser Stelle wurde nochmal deutlich gemacht, dass der Schwerpunkt dieser Konferenz auf den Maßnahmen für ein Handlungskonzept des Landkreises Darmstadt-Dieburg liegen solle.

#### **Diskussion der Fragestellungen/Hauptprobleme im Handlungsfeld**

Die in Anknüpfung an die Auftaktkonferenz formulierten Hauptprobleme wurden kurz vorgelesen:

- Kinder aus bildungsfernen Schichten werden nur schwer erreicht
- Kinder aus benachteiligten Milieus werden bisher nur unzureichend gefördert
- Es gelingt bisher nur unzureichend, die Eltern in den Förderprozess einzubeziehen
- Mangelnde Abstimmung/Verzahnung zwischen KiTas und Grundschulen im gleichen Einzugsgebiet

Anschließend wurde abgeklärt, ob es von Seiten der TeilnehmerInnen noch Ergänzungen gebe. Dies war weitgehend nicht der Fall.

Eine Teilnehmerin äußerte zwei Aspekte, welche jedoch in der Bearbeitung später aufgegriffen werden sollten. Frau Klemt erklärte die Vorgehensweise und wies darauf hin, dass der Themenspeicher Platz für visionäre, zukünftige und längerfristige Ideen biete.

#### **Welches Angebot gibt es und was hat sich bewährt?**

Bereits zu Beginn der Diskussion wurde von einer Teilnehmerin ein Aspekt für den Themenspeicher geäußert. Sie kritisierte, dass oftmals Verwirrung und Überforderung von Klienten sozialer Angebote ein Hinderungsgrund für die Inanspruchnahme von Maßnahmen im Vorschulbereich seien, wie beispielsweise bei der Antragstellung.

Herr Yilmaz vom DRK Darmstadt-Stadt nannte das internationale, seit 2002 in Deutschland durchgeführte Programm „Hippy“ („Home Instruction for Parents of Pre-school Youngsters“) ein Familienbildungsprogramm, das Eltern darin unterstützt, ihre Kinder kognitiv und sozial zu fördern. Dieses Angebot, habe sich aufgrund seiner besonderen „Komm-Struktur“, der Förderung der Eltern, der Bildung von stadtteilnahen Gruppen, der integrativen Aspekte wie muttersprachlicher Hausbesuche etc. in der Praxis bewährt.

Aus Sicht der TeilnehmerInnen hatten sich noch folgende Angebote bewährt:

- Sprachförderprogramm für Kinder in der KiTa
- Sprachkurse für MigrantInnen, Angebot von Trägern (außer VHS)

- Niedrigschwellige/lokale Angebote (wie z.B. die Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche (BEKJ) geht in die KiTas, „offene Sprechstunde“ in Babenhausen oder das Frauenforum in Pfungstadt)
- Lokale und sozialräumliche Gesamtkonzepte (z.B. das Projekt Soziale Stadt)
- Familienpaten mit aufsuchenden Hilfen (Deutscher Kinderschutzbund)

Festgehalten wurde, dass sich vor allem niedrigschwellige Angebote vor Ort, wie die Beratung in KiTas zu Themen wie „wo bekomme ich Hilfe und was muss ich dafür tun“ oder Angebote zur Sprachförderung und Frauenkursen bewährt haben, da hier die Hemmschwelle vergleichsweise niedriger sei.

### **Welche Angebote/Maßnahmen fehlen?**

Maßnahmen und Beratungen des Allgemeinen Sozialen Dienstes der Jugendhilfe (ADS) bzw. Beratung für Kinder aus Familien im Arbeitslosengeld II-Bezug wurden angeregt.

Weiterentwicklungen sollten einerseits in der Sprachförderung der Kinder stattfinden: Die Förderung sollte stärker für Kinder mit Entwicklungsdefiziten - auch ohne Migrationshintergrund bzw. mit Deutsch als Herkunftssprache - angeboten werden. Hier fänden keine Vernetzungen/Verknüpfungen statt. Andererseits sollten auch Mütter von Kindern mit Migrationshintergrund eingebunden werden (Sprachförderung als Tandem-Modell). Des Weiteren sollten Institutionen vor Ort wie AusländerInnenbeiräte als Anlaufstellen fungieren. Als eine weitere notwendige Entwicklung wurde die Verzahnung von Angeboten/Diensten gesehen, da häufig vorhandene Angebote, wie z. B. „Mama lernt Deutsch“, nicht genutzt würden.

Ein länger diskutierter Aspekt war das Thema Teilhabe. Hierzu wurde die Notwendigkeit kommunaler, sozialräumlich ausgerichteter Gesamtkonzepte gesehen, wie sie beispielsweise in Groß-Zimmern im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ existieren würden. Dabei ging es um die Belebung des Gemeinwesens im Sinne der Herstellung von Chancengleichheit für alle und den Abbau von Hemmungen, die bei BürgerInnen gegenüber Ämtern noch häufig anzutreffen seien. Es fehlte eine Bedarfsorientierung sowie eine Vernetzung der Angebote.

Es wurde dafür plädiert, dass die Kindertagesstätten als Bildungseinrichtung betrachtet werden sollten, da es in ihnen u. a. um „soziales Lernen“ gehe. Dieser Aspekt wurde dem Themenspeicher hinzugefügt.

Als fehlende Maßnahme der Gemeinwesenarbeit wurden die Vorbereitung der Eltern auf das Schulsystem und die Einschulung genannt. Es sei zudem ein Etat notwendig, der die Ausstattung von bedürftigen (und nicht bedürftigen) Kindern mit Materialien oder die Durchführung von Freizeitaktivitäten zur Teilhabe der Kinder ohne Stigmatisierung ermögliche.

Außerdem müsste den Fachkräften mehr Zeit für die Elternarbeit zur Verfügung stehen, da sich diese in der Praxis ebenso bewährt habe wie aufsuchende Hilfen im Beratungsbereich (z. B. durch Ehrenamtliche) oder im Bereich der frühen Hilfen. Die Begleitung von Eltern sei wichtig zur Herstellung einer Beziehung und die Hausbesuche dienten zum Kennenlernen der familiären Situation. Dabei wurde kritisiert, dass die heutigen Strukturen in der Praxis dafür hinderlich seien. In diesem Zusammenhang wurden die Vorschläge, im Landkreis Personal mit Migrationshintergrund einzustellen und die Inanspruchnahme von Hilfeleistungen unbürokratischer zu gestalten, in den Themenspeicher aufgenommen.

### **Welche Maßnahmen sollen geändert/weiterentwickelt werden?**

Zum Thema Weiterentwicklungsbedarf wurde das Thema Familienzentren genannt. Die Einrichtungen sollten gestärkt werden und auf der Basis niedrigschwelliger Angebote sollte direkte Hilfe geleistet werden. In diesem Zusammenhang wurde hervorgehoben, dass es schwierig sei, die Eltern zu erreichen, deren Kinder bisher keine KiTa besuchen. Ein Mangel

wurde sowohl bezüglich der Transparenz von Bildungskonzepten in KiTas festgestellt als auch in Bezug auf den Zusammenhang einzelner Angebote, welche oftmals nicht aufeinander aufbauen würden.

Ein weiterer Bedarf wurde vor allem im finanziellen Ausbau der kommunalen Beteiligung zur Umsetzung von Konzeptideen gesehen. Des Weiteren wurde es als notwendig erachtet, (pädagogische) Angebote für Jungen und ärztliche Angebote im Vorschulbereich weiter auszubauen.

Eine Teilnehmerin sprach sich dafür aus, die schwierige Gesamtsituation von Familien z. B. im Falle von Alleinerziehenden und berufstätigem Eltern/Elternteilen im Hinblick auf das Ziel der Chancengleichheit stärker in den Blick zu nehmen. Wichtig sei dafür der Ausbau bzw. die Verfügbarkeit von Ganztagsbetreuungsangeboten. In diesem Zusammenhang wurde ange-regt, (Fach-) Hochschulen und Fachschulen als Akteure zu beteiligen, um die Lehrpläne den komplexen Anforderungen der Praxis anzugleichen und die zukünftigen Fachkräfte darauf besser vorzubereiten.

Es folgte eine kurze Diskussion zu der Problematik des Übergangs von der KiTa in die Grundschule. Als Konsens blieb, dass es wichtig sei, die Eltern in diesen Prozess einzu-binden.

### **Konkrete Maßnahmen/Vorschläge zur Erarbeitung eines Handlungskonzeptes**

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit wies die Moderatorin Frau Feierabend darauf hin, dass der Fokus nunmehr auf die Prioritätensetzung und Konkretisierung gelegt werden sollte. Die Vorschläge zu konkreten Maßnahmen/Angeboten wurden unter drei Kategorien zusammen-gefasst:

#### **1. Sozialräumliche Handlungskonzepte**

Dazu gehörten z. B. die Themen Zugang zu bzw. Erreichbarkeit von Familien und das Familienzentrum, aber auch Fortbildung für Fachkräfte zum Thema Sozialraum-analyse sowie kommunale Begleitung bei Konzepterstellung.

#### **2. Rahmenbedingungen in KiTas**

Genannt wurden z.B. Empfehlungen zur Ausstattung, Strukturen im Landkreis und sozialräumlich orientierte Konzepte.

#### **3. Familienzentren**

Dazu wurden die Themen „bedarfsgerechte und individuelle Angebote“ für Kinder und Eltern ohne Stigmatisierung sowie „Rahmenkonzepte in der Bildung“ vorgeschlagen, aber auch die enge Vernetzung der Institutionen und Professionen in der Kommune und die Offenheit des Angebotes (Wohngebiet, Sozialraum, Interkulturalität und Bil-dungsniveau).

### **Beteiligte Akteure**

Aus der Diskussion heraus ergab sich eine Ergänzung der bisherigen Akteure um Aus-länderInnenbeiräte und Lehrkräfte der Fachschulen für Sozialpädagogik, Fachhochschulen (Anpassung des Curriculums).

### **Themenspeicher**

Der Themenspeicher wurde um die Punkte Weiterbildung (z. B. in Bezug auf interkulturelle Kompetenz) und höhere Einstellungsquote von MigrantInnen beim Landkreis ergänzt.

Gesehen wurde auch die Notwendigkeit der Bestandsaufnahme von Angeboten, Rahmenrichtlinien und Strukturen in der Jugendhilfeplanung. Wunsch der beteiligten Fachkräfte war es, auch die KiTa als Bildungseinrichtung für Eltern (Familiensituation) zu begreifen.

Auch das Bildungs- und Teilhabepaket stehe auf dem Prüfstand. Zur Vermeidung einer "Antragsflut" sollte es entbürokratisiert werden.

## Protokoll zur Arbeitsgruppe 2: „Förderung von Kindern in der Grundschule“

### Einführung

Die Arbeitsgruppe zur „Förderung von Kindern in der Grundschule“ wurde von Frau Daniela Glenzer vom Zentrum für schulische Erziehungshilfe und Herrn Manfred Schiwy, dem Leiter der Gersprensenschule in Reinheim, moderiert.

Im Mittelpunkt der Diskussion standen Ergebnisse der Auftaktkonferenz zu diesem Arbeitsfeld. Die ModeratorInnen betonten, dass der Schwerpunkt der heutigen Arbeitsgruppe in der Bestandsaufnahme von vorhandenen Angeboten liege, sowie in der Bearbeitung der Fragen, welche der Angebote/Maßnahmen sich davon bewährt hätten und welche weiterentwickelt werden und welche neu hinzukommen sollten. Dazu waren vier Wandzeitungen vorbereitet, die den TeilnehmerInnen Gelegenheit gaben, ihre fachliche Sicht einzubringen. Als Ergebnis der Diskussion sollten konkrete Forderungen an die Politik zur Erstellung eines Handlungskonzeptes formuliert werden.

### Diskussion der Fragestellungen/Hauptprobleme im Handlungsfeld

Die erste Wandzeitung enthielt vier Problemstellungen, die an die Diskussionen der Auftaktkonferenz „Wege aus der Armut“ am 23. Mai 2011 anknüpften.

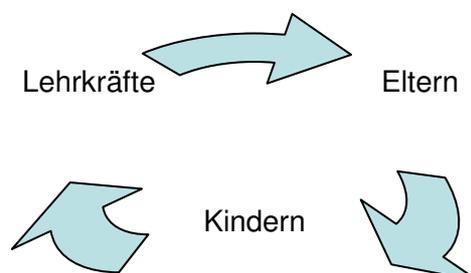
- Mangelnde Abstimmung/Verzahnung zwischen KiTas und Grundschulen im gleichen Einzugsgebiet
- Mangelnde Förderung von Kindern aus benachteiligten Milieus, insbesondere Kindern aus MigrantInnenfamilien und aus bildungsfernen Milieus
- Jugendhilfe als Lückenbüßer und Feuerwehr in Grundschulen (Betreuende Grundschulen, ZFSE, etc.)
- Grundschulen als „geschlossenes System“

### Bestandsaufnahme

Die ModeratorInnen baten zunächst die TeilnehmerInnen darum, Verständnisprobleme bezüglich der vier Problemstellungen zu klären und ihre Erfahrungen einzubringen. In diesem Kontext wurde auch darauf eingegangen, welche Maßnahmen/ Angebote sich bewährt hätten und welche geändert bzw. erweitert werden sollten.

### Mangelnde Abstimmung/Verzahnung zwischen KiTas und Grundschulen

Die TeilnehmerInnen sprachen sich für eine Vernetzung zwischen Lehrkräften, Eltern und Kindern aus, was zu einem besseren Informationsfluss zwischen allen Beteiligten führen könnte.



## **Mangelnde Förderung von Kindern aus benachteiligten Milieus**

Es wurde betont, dass der Begriff Förderung im Mittelpunkt der Diskussion um Bildung und Armut stehen sollte. Fördern bedeute, das Kind in den Mittelpunkt zu stellen und aus der Sicht des Kindes zu denken. Dabei wurden drei Förderungsebenen unterschieden.

- Die Ebene der Sprache, bei der es darum geht, Sprachdefizite auszugleichen.
- Die Ebene des Lernstoffs, bei dem jedes Kind ausreichend Hilfestellungen erhalten solle.
- Die Versorgung mit Essen über die Schule, da viele Kinder hungrig zur Schule kämen.

Die Frage, wie einer bestimmten Gruppe geholfen werden könne, stellte sich für die PädagogInnen als aktuelles Problem dar. Sie befänden sich in einem Dilemma zwischen der individuellen Förderung auf der einen Seite und dem dreigliedrigem Bildungssystem auf der anderen Seite, in welches jedes Kind eingeordnet werden müsse. Eine individuelle Förderung aller Kinder könnte die unterschiedlichen sozialen Hintergründe der Kinder aufheben und eine Stigmatisierung bestimmter sozialer Gruppen vermeiden. Nur so ließe sich ermitteln, welches Kind welchen Förderbedarf habe und wie dieser umgesetzt werden sollte.

Was die schulische Förderung betrifft, sprachen sich viele DiskussionsteilnehmerInnen für eine finanzielle Unterstützung von Kindern aus einkommensschwachen Familien aus. Bisher wurden nur die Familien finanziell unterstützt, die Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II oder Sozialhilfe gemäß SGB XII beziehen. Zudem bestehe ein besonderer Förderbedarf von Kindern mit Sprachschwierigkeiten. Derzeit werden nur Kinder mit sozialpädagogischem Förderbedarf unterstützt.

Thema war weiterhin die geringe Anzahl von Betreuungsplätzen bei Betreuenden Grundschulen. Die Nachfrage nach solchen Plätzen sei enorm gestiegen. So wurde von Seiten des Landkreises berichtet, dass Aufnahmekriterien eingeführt werden mussten, zu denen unter anderem die Erwerbstätigkeit beider Elternteile zählt. Dies führe dazu, dass nur eine sehr geringe Anzahl von betreuten Kindern aus MigrantInnenfamilien die Betreuung in Anspruch nehmen könnten, da hier noch eher ein traditionelles Familienverständnis vorherrsche.

## **Jugendhilfe als Lückebüßer und Feuerwehr in Grundschulen/betreuenden Grundschulen/Zentren für schulische Erziehungshilfe (ZfSE)**

Ein weiteres Problem bei den bestehenden Betreuenden Grundschulen sei der Bedarf an sozialpädagogischer Förderung und somit der Förderung des sozialen Lernens, welcher durch das mangelnde Budget der Schulen nicht ausreichend abgedeckt werden könne. Außerdem fehle es generell in den Grundschulen an einer Sozialberatung, wodurch Probleme von Kindern und Eltern nicht schon frühzeitig erkannt und bearbeitet werden könnten. Viele TeilnehmerInnen sprachen sich dafür aus, dass Kinder von Anfang an unterstützt und gefördert werden müssten, damit später individuelle und gesellschaftliche Kosten eingespart werden können.

Es wurde festgestellt, dass jede Schule im Landkreis über ein eigenes Betreuungssystem und eine eigene Trägerstruktur verfüge, was von den meisten TeilnehmerInnen als Problem bewertet wurde. Derzeit gebe es vier verschiedene Formen von Betreuungsangeboten:

- Angebote auf der Basis von Eigeninitiativen,
- Hausaufgabenhilfe durch die Volkshochschulen,
- Betreuende Grundschulen und
- eine Mittagsbetreuung.

Das Problem bestehe auch hier wieder darin, dass Kinder aus sozialschwachen Familien diese Betreuungsangebote nicht ausreichend nutzen könnten, was sich in Zukunft ändern

müsse. Viele TeilnehmerInnen sprachen sich für konzeptionelle Klarheit aus, damit keine Versorgungs- und Betreuungsunterschiede zwischen armen und reichen Kindern mehr auftreten können. Auch wird eine einheitliche Trägerstruktur angestrebt, weil viele Elterninitiativen, die klein begonnen haben, nun angesichts der Fülle von Aufgaben, überfordert seien.

## **Grundschulen als „geschlossenes System“**

Der Begriff „Grundschule als geschlossenes System“, der bei einigen TeilnehmerInnen auf Unverständnis gestoßen war, wurde wie folgt erklärt. „Grundschule als geschlossenes System“ soll den gegenwärtigen Ist-Zustand heutiger Grundschulen beschreiben, die noch immer für sich stehen. Bisher gebe es nicht überall einen Austausch zwischen Grundschulen und anderen Einrichtungen sowie eine Bezugnahme auf die Lebenswelt der Kinder und ihrer Eltern. Dies sollte nach Möglichkeit bald verbessert werden. Dem stimmten die TeilnehmerInnen zu.

Es bestand weiterhin Einigkeit darüber, den Bildungsauftrag in einem erweiterten Sinne zu verstehen. Bildung sollte vor allem dazu beitragen, Kinder in das gesellschaftliche System zu integrieren und ihnen letztlich dadurch die Anschlussfähigkeit an die Berufswelt zu ermöglichen.

In Ergänzung zu den Problemstellungen der Auftaktkonferenz wurde betont, dass neben der Förderung der Kinder auch die Eltern einbezogen werden müssten. Konsens bestand hinsichtlich der Feststellung, dass die Einbeziehung der Eltern in die Bildungs- und Erziehungsprozesse eine entscheidende Voraussetzung für erfolgreiche Arbeit ist. Darüber hinaus sollten die Fachkräfte ausreichend qualifiziert sein und die Vorschläge zu konkreten Maßnahmen/Angeboten ebenso wie die pädagogischen Konzepte kontinuierlich weiterentwickelt werden.

## **Welche Maßnahmen/Angebote fehlen?**

Hier wurde auf fehlende regionale Bildungsbudgets und eine unzureichend abgestimmte Planung hingewiesen. Wichtig wäre die Aufnahme und Zusammenfassung aller vorhandenen Budgets in Kooperation von Hessischem Kultusministerium und örtlichem Schulträger.

## **Prioritätensetzung und Konkretisierung**

Folgende Vorschläge zu konkreten Maßnahmen und Angeboten wurden in der Gruppe erarbeitet:

- Landkreis soll vorhandene, intelligente Konzepte unterstützen
- Klärung der Rolle von nichtunterrichtenden Fachkräfte in den Schulen
- Elternprogramme/Sprachförderung
- Koordinierte Anschaffung von Lizenzen
- Verstärkte Kooperation von Jugendhilfe und Schule
- Schulen und Vereine in Kooperationsvereinbarungen unterstützen
- „Räume“ in den Schulen → Elternsprechzimmer, Bewegungsräume für Kinder
- Verstärkung der Schulsozialarbeit an Grundschulen

## **Ausbau der Ganztagschulen**

Bei der Frage, was der Landkreis in den nächsten Jahren realistisch umsetzen könne, waren sich die TeilnehmerInnen einig, dass Ganztagschulen das große Ziel seien. Gleichwohl erscheine aber die Verwirklichung einer Mittagsbetreuung für alle Kinder kurzfristig realistischer. Um ein Mittagessen für jedes Kind ermöglichen zu können, müsste dieses sowohl von den Eltern, als auch durch das Bildungs- und Teilhabepaket finanziert werden. Der Landkreis sollte eine bessere Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaket anstreben. Die TeilnehmerInnen sprachen sich für eine kreisweite Definition der Ausführungsbestimmungen aus und

für eine Weitergabe von nicht genutzten Geldern an die Schulen, um weitere pädagogische Fachkräfte beschäftigen zu können.

## **Erziehungspartnerschaften: Förderung der Teilhabe von Eltern mit Migrationshintergrund**

Am Ende der Diskussion stellte Herr Schiwy noch ein Projekt aus seiner Schule vor, durch welches eine Teilhabe von Eltern mit Migrationshintergrund in Schulen erhöht werden könne. Nicht die Schule solle mit den Eltern in Kontakt treten, sondern der Zugang soll über andere Eltern folgen. Die Schule bleibe nur der Initiator. Unter dem Stichwort „Erziehungspartnerschaft“ soll es zu einem Austausch über die Erziehung in der Schule kommen. Dieser Austausch erfolge auf Elternabenden zu Erziehungsthemen und in Sprechstunden, die durch eine neutrale Person organisiert werden. Durch das gezielte Gespräch über Erziehung könne - so berichtete Herr Schiwy - eine frühe Hilfe erfolgen und vielleicht sogar der Gang zum Jugendamt verhindert werden. Des Weiteren würden über Aufklärungsgespräche den Eltern mit Migrationshintergrund Ängste und Unsicherheiten bezüglich des Systems Schule genommen.

## **Koordination und Moderation durch den Landkreis**

Die Arbeitsgruppe schloss mit dem Appell an den Landkreis, dass dieser sowohl eine moderierende, als auch eine experimentierende Funktion einnehmen solle. Außerdem solle er die Schulen fördern und fordern. Dies könne unter anderem durch die Einführung von Schulsozialarbeit an Grundschulen und durch eine finanzielle Unterstützung erfolgen.

## **Themenspeicher**

Dem Themenspeicher wurde - in der Diskussion mehrfach genannt - das Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung zugeordnet.

## **Protokoll der Arbeitsgruppe 3: „Übergang und Förderung in der weiterführenden Bildung“**

### **Einführung**

Die Arbeitsgruppe, die das Thema ‚Übergang und Förderung in der weiterführenden Bildung (SEK I)‘ bearbeitete, wurde von Frau Jeannette Strobach, Sachgebietsleiterin Jugendsozialarbeit an Schulen im Landkreis, und Herrn Dr. Walter Schnitzspan, Schulleiter der Albrecht-Dürer-Schule in Weiterstadt, moderiert. Nach einer kurzen Vorstellungsrunde und der Erläuterung des weiteren Vorgehens wurden in der Arbeitsgruppe „Interessenpunkte“ verteilt, mit denen geklärt werden sollte, welchem der genannten Hauptprobleme am meisten Bedeutung zukommt.

### **Diskussion der Fragestellungen/Hauptprobleme im Handlungsfeld**

Ausgangspunkt der weiteren Diskussion waren zwei zentrale Fragestellungen:

- Vorbereitung und Begleitung der Wahl der weiterführenden Schule als Problem
- Sekundarstufe I als Fortsetzung der negativen Bildungskarriere für Kinder aus benachteiligten Milieus

Mit großer Mehrheit entschied sich die Gruppe für das Problemfeld „Sekundarstufe I als Fortsetzung der negativen Bildungskarriere für Kinder aus benachteiligten Milieus.“ Diese Thematik wurde in der nachfolgenden Diskussion weiter vertieft.

## **Welche Hauptprobleme bestehen im Bereich der Sekundarstufe I als Fortsetzung der negativen Bildungskarriere?**

### **Bildung allgemein:**

- Schule wird teilweise als „Feind der Eltern“ wahrgenommen.
- Eltern haben selbst schlechte Erfahrungen mit Bildungsinstitutionen gemacht. Dadurch vertrauen sie auch für ihre Kinder nicht auf die Schule.
- Der Anteil von jungen Menschen und Eltern wächst, der nicht mehr am Bildungssystem teilnimmt. Wie kann man diese in die Lage versetzen, die bereits vorhandenen Bildungsangebote anzunehmen?
- Die Eltern sind meist mit den gleichen Problematiken konfrontiert wie die Kinder in der Schule. Dies hat mit Überforderungen gegenüber bestimmten Anforderungen zu tun. Zudem hat man es mit ganz jungen Menschen zu tun, die sich in einer besonderen Lebenssituation befinden.
- Bestimmte Kompetenzen, Fertigkeiten und Fähigkeiten kommen bei den jungen Menschen in der Schule nicht an. Häufig bedeutet es schon eine Überforderung für die Kinder/Jugendlichen die Kompetenz Angebote annehmen zu können.
- Alles was wir im Vorfeld finanziell einsparen, holt uns später wieder ein.

In diesem Spannungsfeld gibt es Konsens bei Schule und Jugendhilfe, dass das Kind bzw. der Jugendliche mit seinen Zukunftschancen im Mittelpunkt stehen muss und eine bestmögliche individuelle Förderung die zentrale Aufgabe ist. Hierbei spielen neben den eher fachlichen, auch vermehrt die überfachlichen Bildungsziele bzw. Kompetenzen eine wichtige Rolle. Diese Angebote tragen dazu bei, Kinder in ihrem Selbstbewusstsein zu stärken und in ihren Schlüsselkompetenzen zu fördern. Dadurch können Bildungskarrieren positiv unterstützt werden.

### **Welche Maßnahmen/Angebote haben sich bewährt?**

- Schulsozialarbeit
- ErzieherInnen im interkulturellen und geschlechtsspezifischen Bereich aus- und fortbilden („Familientische“ in Pfungstadt)
- LehrerInnen und SozialpädagogInnen im Team (Tandemmodell, multiprofessionelle Teams an Schule)
- Die Schulsozialarbeit im Jugendzentrum bietet ein niedrigschwelliges Angebot für Schul- und Berufserfahrung.
- Daraus hat sich auch ein „Tag der Berufsorientierung entwickelt“, der gut angenommen wird.
- Es wird von einem Projekt mit Ausbildungspaten im Rahmen des „lokalen Bündnisses für Familien“ in Ober-Ramstadt berichtet.
- Die Zusammenarbeit hat immer da gut funktioniert, wo für Jugendhilfe und Schule eine gemeinsame Konzeption besteht.

### **Welche Maßnahmen/ Angebote sollten geändert/weiterentwickelt werden?**

- Von besonderer Bedeutung sind ganz niedrigschwellige Angebote
- Ausbau der „Familientische“ in Pfungstadt
- Es wird immer von „oben“ gedacht, aber meist wird vergessen „von unten“ zu handeln (z.B. Sprachförderung etc.).
- Weiterentwicklung der regionalen Bildungslandschaft unter dem Aspekt der Förderung der Chancengerechtigkeit

### **Schulsozialarbeit**

- Schulsozialarbeit ist oft nicht ausreichend. Ein/e SchulsozialarbeiterIn muss aktuell mehrere Schulen abdecken.

- Gewünscht wird Schulsozialarbeit „von Anfang an“, d.h. Beginn bereits in der Grundschule
- Das Tandemmodell (Lehrkräfte/sozialpädagogische Fachkräfte) soll ausgebaut werden, um Jahrgangsstufen mit besonderem Bedarf (z.B. 7. und 8. Kooperationsklassen) besser zu erreichen. Besonderes Ziel wäre hier die „Multi-benachteiligten“ zu erreichen, die von keinerlei Angeboten Gebrauch machen.
- Nicht die Einzelberatungsarbeit, sondern die multiprofessionelle Teamarbeit wird als großer Schritt angesehen, besonders auch für die Jahrgangsstufen 5/6 der Sekundarstufe I.

### **Ganztagsschulen**

- Ganztagsschule: Weiterhin Ausbau und zwar verbindlich von Anfang an.
- Optimierung der vorhandenen Stütz- und Fördersysteme an Schulen auf konkrete Bedarfe hin
- Wie kann man Jugendhilfe optimal in eine betreute Ganztagsschule einklinken?
- Wie hat sich der Auftrag von Schulsozialarbeit mit der Ganztagsschule verändert?

### **Ausbildung**

- Ausbildungspaten: Oft gelingt es nicht allein, sich ein Praktikum/eine Lehrstelle zu besorgen.
- Die Multiprofessionalität wird des Öfteren als besonders bedeutend hervorgehoben.

### **Bessere Kooperation von Jugendhilfe und Schule**

- Kommunikationsstrukturen zwischen Jugendhilfe und Schule müssen optimiert werden.
- „Wo kann Jugendhilfe sich einklinken“ sei bereits der falsche Sprachgebrauch. Es sollte nicht darum gehen, dass sich der eine Kooperationspartner bei dem anderen einklinkt, sondern dass vielmehr durch eine gemeinsame Kooperation bereits auf der Planungsebene ein auf Augenhöhe geführter Prozess initiiert wird.
- Benötigt werden mehr (Kommunikations-) Strukturen zwischen den Akteuren und Institutionen um ein optimales Ergebnis zu erzielen.
- Die Rolle des bereits installierten Beirats soll gestärkt werden.

### **Welche Maßnahmen/Angebote fehlen?**

Bestimmte Kompetenzen, Fertigkeiten und Fähigkeiten kommen bei den jungen Menschen in der Schule nicht an. Oft bedeutet es schon eine Überforderung, die Kompetenzangebote annehmen zu können. Hierfür fehlt es an Angeboten und mehr qualifiziertem Fachpersonal.

Bezogen auf die Elternarbeit sind neue Formen der Kooperation zu entwickeln, damit Hilfen und Unterstützungsmaßnahmen nachhaltiger wirksam werden können.

Empfohlen wird die ganz frühe Einrichtung von Familienpaten und Familienhebammen, aber auch Elternpatenschaften.

### **Prioritätensetzung und Konkretisierung konkreter Maßnahmen/Angeboten**

- Bildung von Tandemstrukturen auch im Bereich der Sekundarstufe I.
- Aktiv Vernetzungen fördern. Dabei kann die Schule die Aufgabe der Vernetzung tragen.
- Elternpatenschaften: Eltern unterstützen andere Eltern (bereits ab dem Schuleintritt).
- Verpflichtender Stütz- und Förderunterricht in der Ganztagsschule.
- Koordinierung der SchulsozialarbeiterInnen im Kreis nicht nur 1x wöchentlich. Vorschlag zur Ressourcenoptimierung.
- Klare Kommunikationsstrukturen der einzelnen Akteure vor Ort.
- Gemeinsame Fortbildungen von Lehrkräften und SozialarbeiterInnen. Die Weiterqualifizierung beider Professionen sollte ausgebaut werden.

- Stammtisch mit SozialarbeiterInnen und Lehrkräften zum Thema, wie bekommt man die Professionen zusammen.
- Alle Akteure, die auf die Lebenswelt der Kinder Einfluss haben, müssen mit in den Blick genommen werden. Diese Akteure sind nicht auf Jugendhilfe, Schule und Eltern beschränkt.
- Bildung einer Steuerungsgruppe für die gemeinsame Weiterentwicklung.
- Eine Sammlung aller bereits erarbeiteten Kooperationsverträge zur Kenntnis, um „das Rad nicht neu zu erfinden“.
- Eine nachhaltige, regelmäßige Plattform (frei von politischen Zwängen und finanziellen Ressourcen) installieren, um den Prozess weiter zu begleiten.

## Protokoll der Arbeitsgruppe 4: „Der Beitrag der außerschulischen Bildung“

### Einführung

Die Moderation der Arbeitsgruppe zum „Beitrag der außerschulischen Bildung“ übernahmen Frau Martina Löffler, Büroleiterin des Kreisabgeordneten, und Herr Karl August Bertsch, Abteilungsleiter der VHS/Hessen-Campus. Herr Bertsch begrüßte eingangs alle TeilnehmerInnen und gab eine kurze Einführung in das Thema der Arbeitsgruppe.

Zentrale Bedeutung habe die Senkung von Zugangsschwellen, die Einrichtung von Bildungszentren, die lebensbegleitend ausgerichtet sind sowie die Herstellung von Transparenz im Hinblick auf die Bildungsangebote.

Die Ausbildung individueller Kompetenzen sei eine wichtige Aufgabe, welche die Anbieter der außerschulischen Bildungsangebote erfüllen sollte. Herr Bertsch betonte, dass dazu vor allem eine gute Kooperation der Träger untereinander notwendig sei. Außerdem stellte er fest, dass die in der thematischen Einführung der Konferenz genannten Ergebnisse des Sozialberichts zur außerschulischen Bildung durchaus ausbaufähig seien.

- Klärung der Rolle und des Beitrags der außerschulischen Bildung zur Vermeidung von Bildungsversagen und vorzeitiger Aussteuerung von Kindern und Jugendlichen
- Probleme in der Zusammenarbeit zwischen Schulen und außerschulischer Bildung
- Bildungs- und Kompetenzdefizite im Erwachsenenalter; selektive Inanspruchnahme von Erwachsenenbildungsangeboten

Auf eine Vorstellungsrunde wurde auf Wunsch der ArbeitsgruppenteilnehmerInnen aus Zeitgründen verzichtet, so dass Herr Bertsch die Diskussion sofort mit dem ersten Punkt der Agenda eröffnete.

### Diskussion der Fragestellungen/Hauptprobleme im Handlungsfeld

#### **Klärung der Rolle und des Beitrags der außerschulischen Bildung zur Vermeidung von Bildungsversagen und vorzeitiger Aussteuerung von Kindern und Jugendlichen**

Die Mehrheit der Arbeitsgruppe beteiligte sich rege an der Diskussion. Aufgrund der Praxiserfahrungen der TeilnehmerInnen konnten die Angebote und Maßnahmen im Bereich der außerschulischen Bildung anschaulich skizziert und im Hinblick auf ihre Effektivität und Perspektive hin bewertet werden. Es wurden allgemeine und konkrete Probleme benannt, aber auch Lösungsvorschläge eingebracht:

- Schulden engen die Optionen von Jugendlichen ein, eine Ausbildung kann häufig nicht angetreten werden. Eine Aufklärung sollte so früh wie möglich (in der Schule)

- einsetzen.
- Das Knüpfen von Kontakten zu den Vereinen erweist sich zumeist als schwierig. Es bestehen Passungsschwierigkeiten zwischen den Angeboten und den Adressaten bzw. potentiellen Nutzern. Eine Öffnung der Vereine nach außen wäre wichtig.
- Die Bildung eines regionalen Netzwerkes der verschiedenen Anbieter wurde vorgeschlagen, eventuell mit einer zentralen Steuerung.
- Eine Aktivierung von Jugendlichen sei notwendig, z.B. durch Patenschaftsprojekte.
- Zeitfaktor: Die Jugendlichen dürften außerschulische Angebote nicht als Belastung empfinden. Die Schule sollte Freiräume gewährleisten.
- Viele Jugendliche seien ohne „Ausbildungsreife“. Notwendig seien Anpassungen der Ausbildungsanforderungen, z.B. durch verkürzte Ausbildungen mit der Möglichkeit der „Nachqualifizierung“.
- Die außerschulische Bildung müsse die erreichen, die alle anderen nicht erreichen könnten bzw. sie müsse dafür Sorge tragen, dass Jugendliche erst gar nicht „verloren“ werden!
- Wirtschaft und Handwerk muss verstärkt eingebunden werden.
- Festgestellt wurde: Insgesamt sei die außerschulische Bildung im Landkreis „gut aufgestellt“. Es gebe aber nur wenige Schlüsselpersonen, die einen Überblick über die gesamte Angebotspalette hätten, z.B. ein „Maßnahmen-Finder“.

## **Probleme in der Zusammenarbeit zwischen Schulen und außerschulischer Bildung**

- Niederschwelligkeit könne am ehesten durch Angebote innerhalb bestehender Institutionen (z.B. Schule, Jugendzentrum) erreicht werden. Aufgrund des vertrauten Umfelds sei die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme höher.
- Es wird zu viel in Schule gepackt, d.h. es gibt für SchülerInnen zu wenig Freizeit und Zeit für die Nutzung außerschulischer Angebote
- Hausaufgabenbetreuung an Schulen ausweiten
- Verzahnung von Hauptamt und Ehrenamt: Schule und Paten
- Individuelle Betreuungskräfte und Beratung an Schulen - Integration in den Schulalltag
- Angleichung formeller und informeller Bildung
- Netzwerke stärken und Lücken schließen
- Berücksichtigung von Menschen mit Behinderungen/Integration in bestehende Angebote (Inklusion)

Die Diskussion verlief fließend zwischen den beiden ersten Themenschwerpunkten. Im Vordergrund stand vor allem die Erreichbarkeit von Jugendlichen, die sich im Übergang von Schule und Berufsausbildung befinden. Dies wurde deutlich, als Herr Bertsch die Diskussion auf die Zielgruppe der außerschulischen Bildungsangebote lenkte und das Stichwort Partizipation einwarf.

Die Wortmeldungen der beteiligten Fachkräfte bezogen sich hierbei ausnahmslos auf die Zielgruppe der Jugendlichen, die aufgrund ihres Scheiterns im und am System „Schule“ nur geringe Handlungsoptionen und Zukunftsperspektiven besitzen. Viele Jugendlichen seien resigniert, ohne Selbstvertrauen, „chancenlos“. Sie befänden sich in schwierigen Lebenslagen, hätten das Gefühl, vom System ausgegrenzt zu werden und seien schwer erreichbar, da sie bereits aus dem System ausgestiegen seien. Es sei daher wichtig, die Jugendlichen wieder zu motivieren, Begeisterung zu wecken und individuelle Interessen zu Tage zu fördern. Ein frühzeitiges Ansetzen und die Beteiligung der Betroffenen seien hierfür entscheidend. Als Lösungsansatz wurde hier die „Produktionsschule“ genannt, die durch die Verbindung von beruflicher Praxis und schulischem Lernen einen anderen Zugang zur Berufsausbildung ermögliche.

## **Anmerkung zur Themenbearbeitung: Bildungs- und Kompetenzdefizite im Erwachsenenalter; selektive Inanspruchnahme von Erwachsenenbildungsangeboten**

Aufgrund von Zeitmangel musste die Diskussion leider vorzeitig beendet werden. Es konnten aus diesem Grund nicht alle Themen umfassend diskutiert werden. Die Konzentration der Debatte auf die Zielgruppe der Jugendlichen im Übergang Schule - Beruf war auf die Zusammensetzung der TeilnehmerInnen der Arbeitsgruppe zurückzuführen. Der dritte Tagesordnungspunkt, die Erwachsenenbildung, wurde überhaupt nicht thematisiert.

Außerdem wurde gefordert, dass das Konzept der außerschulischen Bildung im Landkreis grundsätzlich überdacht werden sollte. Auch die Gruppe der Menschen mit Behinderung wurde nicht ausreichend berücksichtigt. Unabhängig davon dürfe die außerschulische Bildung nicht erst nach der Einschulung ansetzen und gleichgesetzt werden mit dem Erwerb schulischer Bildung. Außerschulische Bildungsangebote müsse man im Sinne einer Kompetenzvermittlung verstehen, durch die soziale Fähigkeiten gestärkt und die soziale Integration gefördert werden.

### **Bestandsaufnahme**

Frau Löffler schrieb bereits während der Diskussion wichtige Aussagen auf Kärtchen mit, sodass die Bearbeitung der ersten beiden Fragen zügig voran ging. Herr Bertsch rief dann alle TeilnehmerInnen auf, Ergänzungen bzw. weitere Vorschläge einzubringen. Gemeinsam wurden dann aus allen genannten Ideen diejenigen herausgegriffen, denen Priorität zukommen sollte und es wurden mögliche bzw. verantwortliche Akteure zur Durchführung benannt.

### **Welche Maßnahmen/Angebote haben sich bewährt?**

- Außerschulische Bildung in Vereinen dient dem Selbstversuch und ergänzt Schule
- SchülerInnenabgabebefragung; erstes Ergebnis 2011 – 2013
- [www.bo-suedhessen.de](http://www.bo-suedhessen.de) - Infoportal für Übergänge
- Jugendbildungswerk - außerschulische BO- Projekte
- Paten & Multiplikatoren BO

### **Welche Maßnahmen/Angebote sollen verändert/weiterentwickelt werden?**

- größeres Angebot der Vereine/Hausaufgabenhilfe für „auffällige“ Jugendliche (Netzwerk an den Schulen)
- Jugendliche ohne Abschluss: Nachqualifizierung mit Hilfe des Landkreises - Verkürzte Ausbildungen?
- Schnittpunkte Vereine: Arbeit mit MigrantInnen/Jugendlichen verbessern
- frühstmögliche Förderung durch Vereine stärken/fördern
- die Rolle der Vereine bezüglich des informellen Erwerbs von Kompetenzen ist neu zu beleuchten. Zum Gewinnen von Gemeinsamkeiten und dem Abbau von Vorurteilen sollte die Kooperation von Schulen und Vereinen stärker in den Fokus genommen werden.

### **Welche Maßnahmen fehlen?**

- Gesamtkonzeption aus Einzelprojekten bilden und entwickeln
- Zugänge für Jugendliche schaffen, die nicht in Schule integrierbar sind, z.B. durch Schwellen senken und Neugier wecken
- Hauptschulabschluss für über 25 jährige als anerkannte Maßnahme!

## **Konkrete Maßnahmen/Vorschläge zur Erarbeitung eines Handlungskonzeptes**

1. Idee: Produktionsschule, die Verknüpfung von Arbeit und Lernen
2. Regionales Übergangsmanagement (Maßnahmenkatalog online)
3. Verantwortung des Landkreises als Ausbilder
4. Erreichbarkeit von Jugendlichen mit sozialen Problemen.
5. Schaffung von Netzwerken
6. Patenschaftsmodelle an Schulen - Zentrale Vernetzung und Organisation
7. berufliche Nachqualifizierung
8. Bildungskoordination schaffen: Es gibt nicht zu wenig Maßnahmen/Projekte, sondern zu wenig Koordination
9. Sozialraumkonferenzen in allen 23 Kommunen
10. Vereine: Zugang zu den Schulen schaffen
11. Bedarfsorientierung

## **Akteure**

Als beteiligte Akteure wurde bei 1. und 3. der Landkreis Darmstadt-Dieburg genannt und bei 4. das Regionale Übergangsmanagement (RÜM) in der Kinder- und Jugendförderung. Bei allen anderen Vorschlägen wurden als Akteure benannt: die Kommunen, die Kinder- und Jugendförderungen, freie Träger und die Betroffenen selbst.

## **Themenspeicher**

Auf der vierten Wandzeitung, dem „Themenspeicher“, wurden dann die Themen festgehalten, die in der Diskussion zu kurz kamen bzw. aus Zeitgründen nicht mehr angesprochen werden konnten: Erwachsenenbildung und Facetten der außerschulischen Bildung.

Kurz genannt wurde auch die Vision von sozialräumlich platzierten Zentren von Beratung und Bildung - Zentren lebensbegleitenden Lernens - die in nahezu allen Städten und Gemeinden an vertrauten Orten z.B. den Schulen, Kindergärten, Bürgerhäusern etc. entwickelt werden sollten.

## **Fazit**

Es wurde sehr deutlich, dass die bestehenden Maßnahmen und Angebote durch Vernetzung, Kooperation und Koordination gestärkt werden müssen. Neue Angebote/Maßnahmen hätten nur dann Erfolg, wenn sie sich an der Zielgruppe orientieren und Partizipation fördern. Herr Bertsch schloss die Diskussionsrunde mit dem Satz: „Unsere Maßnahmen sind gut, aber nicht unbedingt bekannt.“ Kooperation und Vernetzung müssen auf allen Ebenen stattfinden und alle Akteure einbeziehen, aber die Verantwortung für die Umsetzung liege auch beim Landkreis Darmstadt-Dieburg und den Kommunen.

*Die vorliegenden Protokolle wurden von Studierenden des Bachelor- und des Masterstudiengangs „Soziale Arbeit“ sowie von MitarbeiterInnen des Instituts für Soziale Arbeit und Sozialpolitik (isasp) der Hochschule Darmstadt erstellt. Die Protokolle wurden im Anschluss an die jeweilige Konferenz mit den ModeratorInnen der Arbeitsgruppen abgestimmt. Für die vorliegende Dokumentation wurden die Protokolle noch einmal redaktionell bearbeitet.*